



Pressemitteilung 24.03.2010

Landesfamilienrat warnt: Steuersenkungen gefährden familienfreundliche Infrastruktur vor Ort. Statt mehr "Netto vom Brutto" haben Familien das Nachsehen.

Wenn die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung umgesetzt wird, haben Familien vor Ort das Nachsehen. Darauf weist der Landesfamilienrat Baden-Württemberg bei seiner Zusammenkunft am Mittwoch in Stuttgart hin und unterstützt dabei die Haltung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Mappus, der sich kürzlich ebenfalls gegen eine schnelle Steuerreform ausgesprochen hat.

Eine familienfreundliche Kommunalpolitik kann den unmittelbaren Lebensalltag von Familien stärken und Bedingungen schaffen, welche die Familien im Lebensverlauf verlässlich unterstützen und entlasten. In den Städten und Gemeinden gibt es eine Vielfalt von Lebenslagen, für die vor Ort passgenaue Angebote von Bildung, Beratung, Entlastung und Unterstützung entwickelt werden. Sie alle dienen dem guten Aufwachsen von Kindern. Örtliche Familienpolitik ist eine wichtige Investition in die nachwachsende Generation.

Nicht nur die Familie gewinnt, auch Städte und Gemeinden profitieren: "Eine aktive Familienpolitik ist auch eine wirkungsvolle Strategie zur Verringerung von sozialen Problemen", sagt etwa der Vorsitzende des Verbandes, Kirchenrat Jürgen Rollin, "denn jeder Euro, der für frühzeitige Unterstützung und Förderung ausgegeben wird, spart später deutlich höhere Ausgaben beispielsweise in der Jugendhilfe, im Gesundheitswesen oder bei den Sozialkosten." Nicht zuletzt hängt die wirtschaftliche Zukunft der Städte und Landkreise in Deutschland sowie ihre Attraktivität für Unternehmen zunehmend davon ab, ob die Region für Fachkräfte und ihre Familien ein lebenswertes Umfeld bietet. Damit ist Familienfreundlichkeit ein wichtiger Standortfaktor.

Lokale Familienpolitik und eine familienfreundliche Infrastruktur sind nicht ohne den Einsatz von Mitteln zu haben. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg betrachtet daher mit Sorge, dass nicht nur durch die Wirtschaftskrise, sondern auch durch die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung in der Folge die Kommunen zunehmend ihrer finanziellen Grundlagen beraubt werden. Denn ob es um den Ausbau der Kinderbetreuung, die Ausstattung von Schulen, um notwendige Integrationsmaßnahmen, Angebote der Familienbildung, um den Bestand des Hallenbades oder der örtlichen Bibliothek geht, bilden verlässliche Steuereinnahmen die Voraussetzung für Erhalt und Ausbau solcher Leistungen. Wenn Einnahmen für Gemeinschaftsaufgaben weg brechen, sind es am Ende vor allem die Familien, die keine Leistungen mehr erhalten oder höhere Gebühren zahlen müssen - und damit nicht "mehr Netto vom Brutto" sondern vor Ort das Nachsehen haben.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er versteht sich als unabhängiger und weltanschaulich neutraler Anwalt und Partner für die Belange von Familien und beteiligt sich aktiv an der Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger.

Kontakt:

Rosemarie Daumüller (v.i.S.d.P)

Landesfamilienrat Baden-Württemberg, Rotebühlstraße 131, 70197 Stuttgart,

Telefon: 0711/625930, mail: info@landesfamilienrat.de , www.landesfamilienrat.de

Dateiname: 2010-03-24.PM-Lokale_Familienpolitik.doc
Verzeichnis: Z:\Presse\Pressemitteilungen
Vorlage: C:\Dokumente und Einstellun-
gen\Daumüller\Anwendungsdaten\Microsoft\Vorlagen\Normal.dot
Titel:
Thema:
Autor: Daumüller
Stichwörter:
Kommentar:
Erstelldatum: 23.03.2010 18:05:00
Änderung Nummer: 8
Letztes Speicherdatum: 25.03.2010 09:33:00
Zuletzt gespeichert von: Daumüller
Letztes Druckdatum: 25.03.2010 09:33:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 1
Anzahl Wörter: 454 (ca.)
Anzahl Zeichen: 2.861 (ca.)